

Chronik einer vorhersehbaren Krise

Gewaltausbruch und chavistische Hegemonie in Venezuela

Claudia Zilla

Ohne Vorbedingungen traten Regierung und Opposition Venezuelas Anfang April in einen Dialogprozess ein und legten weder Ziele noch einen Zeitplan fest. Drei Außenminister von Unasur-Staaten begleiten den Prozess, um zur Überwindung der Krise beizutragen. Seit Anfang Februar protestieren Studierende und oppositionelle Gruppen gegen die prekäre öffentliche Sicherheit und ökonomische Missstände und fordern den Rücktritt von Präsident Nicolás Maduro. Repressive Reaktionen der Regierung und die Errichtung von Straßenbarrikaden durch die Protestierenden führten zur Eskalation. Die politische Krise in Venezuela ist zwar nicht die erste seit dem Aufkommen des »Chavismo«. Sie findet aber in einer besonders verheerenden ökonomischen Situation statt.

Die Protestaktionen begannen am 4. Februar in San Cristóbal, der Hauptstadt des Bundesstaates Táchira, nachdem eine Studentin Opfer einer versuchten Vergewaltigung geworden war. Die Studierenden prangerten die ausgeprägte Gewaltkriminalität an. Am 12. Februar – ein Tag, an dem sich Studierende in Venezuela traditionell mobilisieren – schlossen sich Gruppen der politischen Opposition den Demonstrationen an, die sich dann auf Caracas und andere Landesteile ausweiteten. Protestiert wird nun auch gegen die repressive Reaktion der Regierung auf die ersten Demonstrationen, gegen die hohe Inflation und Versorgungsengpässe, die autoritäre Regierungsführung, die ausgeprägte Korruption und Kubas Einmischung in die venezolanische Politik. Die Regierung versuchte ihrerseits die eigene Gefolgschaft zu mobilisieren,

beschuldigte die Protestierenden des Faschismus und des Putschistentums (*golpismo*) und reagierte erneut mit Repression. Ausführende Organe waren neben der Guardia Nacional Bolivariana (GNB) und dem Militär zum Teil auch nicht uniformierte, bewaffnete und motorisierte Banden (*colectivos*). Die Lage eskalierte: Oppositionelle organisierten Barrikaden (*guarimbas*) in verschiedenen Städten des Landes, es gab mehrere Fälle von Vandalismus. In Anbetracht einer Bilanz von mehr als 40 Toten, 700 Verletzten (auf beiden Seiten) und rund 2600 Verhaftungen vereinbarten Regierung und Opposition einen Dialogprozess. Der Prozess findet in einem hochgradig polarisierten Kontext statt, der zudem durch die politische Hegemonie des »Chavismo« und wirtschaftliches Missmanagement gekennzeichnet ist.

Der Kontext

Die Errichtung politischer Hegemonie

Seit Hugo Chávez 1999 Präsident Venezuelas wurde, hat das Geschehen zwischen den Wahlen immer weniger mit einer liberal-repräsentativen Demokratie zu tun. Im Namen einer sozialen und partizipativen Demokratie hat die Regierung seither die Mobilisierung der Gesellschaft von oben gefördert und die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stark eingeschränkt, auf nationaler Ebene die Macht zu kontrollieren und den politischen Prozess zu beeinflussen.

Während es bei vielen sozioökonomischen Indikatoren (etwa Armut und soziale Ungleichheit) Verbesserungen gab und Teile der Gesellschaft auf lokaler Ebene (z.B. durch neue partizipative Mechanismen) in die Politik einbezogen werden konnten, verengte die Regierung auf nationaler Ebene den formal-institutionellen Rahmen. Der Prozess sozioökonomischer Inklusion ging mit einem Prozess politischer Exklusion einher.

Top-Down-Mobilisierung

Ähnlich wie der argentinische Peronismus ist der »Chavismo« eine populistische Bewegung, die von oben ins Leben gerufen wurde. Das unterscheidet sie von der politischen Bewegung des Coca-Bauern-Führers Evo Morales in Bolivien. In den unteren Gesellschaftsschichten genießt der »Chavismo« dennoch große Unterstützung. Hugo Chávez hatte sich als Offizier der Streitkräfte im Februar 1992 an einem Putschversuch beteiligt, der allerdings scheiterte. Nach seiner Inhaftierung und späteren Amnestierung gründete er eine eigene Partei und gewann die Präsidentschaftswahlen von 1998.

Gelenkte direkte Demokratie

Der »Chavismo« wurde in regelmäßigen Wahlen und vielen Referenden legitimiert, die seit 1999 abgehalten worden sind. Die Verfassung von 1999 führte die direkte Wahl der Exekutive in den 23 Staaten (und der Hauptstadt) sowie den Städten ein.

Wahlen gestalten sich jedoch zunehmend weniger kompetitiv. Das liegt unter anderem an der Dominanz der Regierungspartei (Partido Socialista Unido de Venezuela, PSUV), die sich im Wahlkampf des Staatsapparats bedient, an der Regierungs-Propaganda der staatlichen Medien – für den öffentlichen wie privaten Rundfunk sind bei Reden des Präsidenten nationale Kettenschaltungen obligatorisch (Cadenas Nacionales) – und der Parteilichkeit der Wahlbehörde (Consejo Nacional Electoral, CNE).

Fünf der sechs Referenden, die es seit 1999 gab, wurden von oben initiiert – vom Präsidenten oder der Regierungspartei. Einzig das gescheiterte Abberufungsreferendum des Jahres 2004 hatte die Opposition lanciert. In fünf dieser sechs Referenden setzte sich die Regierung mit ihrer Position durch. Die Verfassungsreform von 2007 wurde zwar abgelehnt, Teile von ihr jedoch auf anderen Wegen umgesetzt. So dienen die Mechanismen direkter Demokratie weniger zur Ermittlung des Volkswillens denn als Herrschaftsinstrument.

Zentrale Rolle der Streitkräfte

Das Militär ist ein entscheidender Machtfaktor in Politik und Wirtschaft, wo es zivile Akteure verdrängt hat. Nicht nur der Vorsitzende der Nationalversammlung, Diosdado Cabello, sondern auch zahlreiche gewählte chavistische Gouverneure und Bürgermeister sowie Botschafter und Minister gehören den Streitkräften an.

Mit einer Gesetzesreform (Ley Orgánica de la Fuerza Armada Nacional Bolivariana, LOFAN) organisierte Chávez die Streitkräfte um. Ihnen wurden sozialpolitische Aufgaben zugewiesen, ihre Mitglieder erhielten außerdem Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung und den verstaatlichten Unternehmen – wie der Ölfirma PDVSA. Das Militär ist eine tragende Säule des »Chavismo«.

Mehr Gewalten, weniger Teilung

Im Einklang mit dem Konzept der partizipativen Demokratie wurden mit der Ver-

fassung von 1999 zusätzlich zur Exekutive, Legislative und Judikative zwei weitere Gewalten geschaffen: die Bürgergewalt (Poder Ciudadano: Fiscalía General de la República, Contraloría General de la República y Defensoría del Pueblo) und die Wahlgewalt (Poder Electoral: Consejo Nacional Electoral). Die Vermehrung der Gewalten bedeutet jedoch keine Intensivierung der gegenseitigen Aufsicht und des Ausgleichs zwischen den Institutionen.

Die repräsentative, legislative und die Kontrollfunktion des Parlaments wurden geschwächt. Mit der Verfassung von 1999 ist die regionale Repräsentation auf nationaler Ebene abgeschafft worden. An die Stelle der zwei Kammern der Legislative trat die Nationalversammlung (Asamblea Nacional, AN) als einzige Kammer. Die Wahlkreise wurden so zugeschnitten, dass die Hochburgen der Regierungspartei besonders zur Geltung kamen (gerrymandering). Resultat war eine parlamentarische Überrepräsentation des »Chavismo«.

Mittels Ermächtigungsgesetzen (Leyes Habilitantes) übertrug die Nationalversammlung wiederholt legislative Kompetenzen an den Regierungschef. Infolgedessen mit außerordentlichen Befugnissen ausgestattet, kann der Präsident per Dekret regieren. Durch die Verfassung von 1999 wurde seine Amtszeit verlängert, im Zuge einer späteren Reform die uneingeschränkte Wiederwahl eingeführt. All diese Reformen führten zu einer extrem hohen Konzentration der Macht beim Präsidenten. Direkt unterstehen ihm nicht zuletzt neu geschaffene Sondereinheiten des Sicherheitsapparats.

In vielen anderen lateinamerikanischen Staaten widerspricht die Judikative gelegentlich Entscheidungen der Exekutive. Der venezolanische Oberste Gerichtshof (Tribunal Supremo de Justicia, TSJ) dagegen hat noch nie ein Urteil gefällt, das zuungunsten der chavistischen Regierung ausging. Die Judikative ist auch insofern verwundbar, als einzelne unparteiische Magistrate ein Risiko eingehen, wenn sie der Regierung die Gefolgschaft verweigern. Viele

verloren ihre Position oder kamen unter Anschuldigung der Korruption ins Gefängnis – so Richterin Maria Lourdes Afiuni im Dezember 2009.

Politisierung des Staates

Im Unterschied zu den lateinamerikanischen Militärdiktaturen der 1970er Jahre, welche die Demobilisierung und Depolitisierung der Gesellschaft betrieben, fördert der »Chavismo« die gesellschaftliche Mobilisierung und eine spezifische (populistische) Staatsideologie.

Der »Chavismo« versteht sich nicht als Partei und damit als politische Option unter anderen, sondern als eine Entität, die das ganze Volk (von dem »die vaterlandsverräterische Elite« wegdefiniert wird) repräsentiert. Als solche müsse er sich im politischen System konsolidieren, jedoch nicht durch Institutionalisierung einer politischen Partei, sondern durch die Politisierung der Institutionen.

Wie für populistische Bewegungen üblich ist die PSUV eine schwach strukturierte Partei, die im Schatten von Führungsfiguren steht, während der Staat »chavisiert« wird.

Parallele Strukturen und Korruption

Die ideologisierte Politik der Besetzung von Posten im öffentlichen Sektor hat Kompetenz, Expertise und Integrität als Kriterien der Personalauswahl zusehends verdrängt.

Durch die Errichtung paralleler Verwaltungsstrukturen, zusätzlicher Sicherheitseinheiten (z. B. Milizen) und politischer Institutionen (z. B. Bürgerräte auf lokaler Ebene) sind Zuständigkeitskonflikte geschürt, Machtblockaden gefördert und Kontrollmechanismen geschwächt worden.

Endemische Korruption prägt das gesamte Institutionengefüge. Jahr für Jahr rutscht Venezuela immer tiefer auf der Skala des Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International. 2013 rangierte es auf Platz 160 (von 177) mit 20 Punkten (zwischen 0 [hochgradig korrupt] und 100 [geringste Wahrnehmung von Korruption]).

Wirtschaftliches Missmanagement

Im Einklang mit dem gesamtlateinamerikanischen Trend konnte die chavistische Regierung dank hoher Erdölpreise, breitgefächerter Sozialprogramme (*misiones*) und einer großzügigen Subventionspolitik die Lage benachteiligter Gesellschaftsschichten verbessern. Diese sozialen Erfolge, die dem »Chavismo« Unterstützung im Inland und Anerkennung im Ausland bescherten, stehen jedoch auf wackligen Füßen. Devisenmangel, eine expansive Wirtschaftspolitik, sinkende Ölpreise, Kapitalflucht und zunehmende staatliche Marktkontrollen hatten schwerwiegende makroökonomische Ungleichgewichte zur Folge. Das Land steuert auf eine ernste Wirtschaftskrise zu.

Nicht nachhaltige Sozialpolitik

Im Zeitraum 2005–2012 konnte der Anteil der Armen von 37,1 auf 23,9 und jener der extrem Armen von 15,9 auf 9,7 Prozent gesenkt werden. Die Einkommensunterschiede haben sich signifikant verringert. Venezuela gehört zur Gruppe jener lateinamerikanischen Länder, die bei der Reduzierung der Ungleichheit am schnellsten vorankommen: rund ein Prozentpunkt des Gini-Koeffizienten jährlich. Der UN Human Development Index verzeichnet seit 2000 Verbesserungen bei Einkommen, Gesundheit und Bildung. Zugleich stiegen die Sozialausgaben. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt gehört neben jenen Kubas und Uruguays zu den höchsten Lateinamerikas. Auch bei den absoluten Sozialausgaben pro Kopf rangiert Venezuela unter den Spitzenreitern der Region (zwischen 1000 und 2000 Dollar).

Ausgaben sagen indes nicht viel über die tatsächliche Hebung der Lebensqualität von Zielgruppen aus. Die verbesserten sozialen Indikatoren sind weniger das Ergebnis nachhaltiger Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, als von Einkommensumverteilung und Sozialprogrammen. Diese sind von hohen Ausgaben und nicht zuletzt von den Erdöleinnahmen stark abhängig.

Wenn man lediglich quantitative Kriterien anlegt, kann als Erfolg gewertet werden,

dass nach Regierungsangaben der Anteil Immatrikulierter an Universitäten innerhalb von elf Jahren mehr als verdreifacht wurde. Außerdem sollen dreizehn neue Universitäten errichtet worden sein.

Die strukturellen Studienbedingungen und die Qualität der Lehre an öffentlichen Universitäten sind aber nach wie vor prekär: So fehlt es etwa an gut ausgebildetem Lehrpersonal und an adäquater Infrastruktur. Zudem stellt sich die Frage, wie der venezolanische Arbeitsmarkt den 300-prozentigen Anstieg von Universitätsabgängern absorbieren soll.

Steigende Inflationsrate

Die positiven Effekte einer ausgeprägten Sozialpolitik werden von einer rapide ansteigenden Inflationsrate konterkariert. Laut Venezolanischer Zentralbank lag sie im März bei 56,2 Prozent, was die Kaufkraft enorm mindert – vor allem der Unterprivilegierten. Denn die beschleunigte Währungsabwertung betrifft am stärksten diejenigen, die nur wenig Geld besitzen.

Der venezolanische Bolívar verliert auf dem Schwarzmarkt an Wert gegenüber dem Dollar. Hierzu trägt die laxe Gelddruckpolitik der Zentralbank bei, mit der dem Finanzdefizit und dem Schrumpfen der Reserven entgegengewirkt werden soll. Ein weiterer Faktor ist der staatlich kontrollierte Wechselkurs.

Verstaatlichung und Dekapitalisierung

Die Regierungen unter Chávez und Maduro haben große Landflächen und mehr als zwei Dutzend Unternehmen »nationalisiert«, in Sektoren wie Erdöl, Finanzen, Telekommunikation, Strom, Schwerindustrie und Nahrungsmittel. Ähnlich wie in der Staatsbürokratie war Loyalität bei der Entscheidung wichtiger als Effizienz und Kompetenz. Abnehmende Produktivität und grassierende Korruption sind die problematischen Auswirkungen des Interventionismus eines Staates, der die ökonomische Logik weitgehend missachtet.

Viele der nun staatlichen Unternehmen leiden an Unterkapitalisierung. Dies trifft in besonderem Maße für PDVSA zu: Bei dem Ölunternehmen bleiben die dringend benötigten Investitionen aus. Stattdessen muss PDVSA der Regierung regelmäßig Finanzmittel zur Verfügung stellen oder in die Länder der Region Erdöl zu Niedrigpreisen oder (etwa an China) als Gegenleistung für Kredite liefern. In der Tendenz schrumpfen in Venezuela, einem OPEC-Mitglied, Produktion und Export von Erdöl. 95 Prozent der Exporte entfallen auf diesen Rohstoff, der 50 Prozent der Staatseinnahmen beisteuert.

Importabhängigkeit und Knappheit

Venezuelas Produktivität ist stark gesunken, Anreize für Investitionen haben sich verringert. Ausschlaggebend dafür sind die Nationalisierung von Unternehmen und Anbauflächen, die Konzentration auf den Erdölsektor, Preiskontrollen, der feste Wechselkurs sowie das von Maduro im November 2013 eingeführte Limit von 30 Prozent Gewinn für jede Stufe der Produktions- und Handelskette (Ley Orgánica de Precios y Costos Justos). Das Land importiert heute rund 80 Prozent der Nahrungsmittel, die täglich konsumiert werden.

Es fehlt bisweilen auch an Devisen, um die Einfuhren zu bezahlen. Ein Teil der Waren wird in die Nachbarländer geschmuggelt oder auf den Schwarzmarkt umgeleitet, wo sie teurer verkauft werden können.

Resultat all dieser Faktoren sind Versorgungsengpässe. Es fehlt an Produkten des täglichen Bedarfs. Immer mehr Zeit wird dafür aufgebracht, Schlange zu stehen, um die knappen Waren zu ergattern. Not macht aber auch erfinderisch: Eine neu entwickelte App für Mobiltelefone zeigt in Kombination mit GPS an, wo in der Nähe die gesuchte Ware zu finden ist.

Kriminalität und Unsicherheit

Seit 1999 ist die Mordrate in Venezuela sehr stark gestiegen. Mit heute 53,7 pro 100 000

Einwohner ist sie nach Honduras, Belize und El Salvador die vierthöchste Lateinamerikas (zum Vergleich: Deutschland 0,8). Rund 90 Prozent der Fälle bleiben unbestraft. In diesem unsicheren Umfeld sind Kleinwaffen für den privaten Gebrauch sehr verbreitet. Neben der Militarisierung von Politik und dem Aufbau von Sondereinheiten und Milizen ist dies ein zusätzlicher »explosiver« Faktor.

In dieser Ausprägung beeinträchtigt Kriminalität nicht nur den sozialen Frieden, sie verursacht auch für die Wirtschaft erhebliche Kosten.

Die Krise

Polarisierung im Land und Radikalisierung in der Opposition

Nicolás Maduro gewann die Präsidentschaftswahlen 2013 mit nur etwas mehr als einem Prozent Vorsprung vor Henrique Capriles, dem Anführer des Oppositionsbündnisses. Nach diesem Wahlergebnis ist Venezuela »in zwei Hälften« geteilt. Mittlerweile zeigen Umfragen, dass die Bevölkerung mehrheitlich die Opposition unterstützt – bei der indes Brüche sichtbar werden.

Die Bildung des »Tisches der demokratischen Einheit« (Mesa de la Unidad Democrática, MUD) und die letzten engagierten Wahlkampagnen deuteten darauf hin, dass die Opposition einige Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. 2002 misslang ein gegen Chávez verübter Putsch, der den Vorsitzenden des Unternehmerverbands, Pedro Carmona, für 36 Stunden zum Präsidenten machte und Chávez ein paar Tage Haft eintrug. Damit lieferte die Opposition dem »Chavismo« die empirische Grundlage für seine rhetorische Beschwörung des ewigen Notstands – wonach das Volk permanent antidemokratischen Bedrohungen durch die »Bourgeoisie« ausgesetzt sei. Mit dem Argument, die Chancengleichheit sei nicht gewährleistet, verweigerte die Opposition ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen 2005 und überließ die Nationalversammlung damit den Regierungskräften.

Es bleibt offen, ob der »Chavismo« jemals eine Niederlage bei Präsidentschaftswahlen zulassen oder anerkennen würde. Die hinter Capriles – heute Gouverneur von Miranda – geeinigte Opposition näherte sich immerhin mehr und mehr dem Ziel an, den »Chavismo« auf institutionellem Wege zu besiegen. Ein Referendum über die Abberufung Maduros wäre – laut Verfassung – nach zwei Jahren Amtszeit möglich.

Ein Teil der Opposition verlässt nun aber diesen Pfad, mobilisiert seine Anhängerschaft und fordert – unter dem Motto »Der Ausgang« (La Salida) – den Rücktritt des Präsidenten. Der radikalisierte Oppositionsflügel wird angeführt von María Corina Machado und Leopoldo López.

Machado (von »Vente Venezuela«, zu Deutsch: Komm, Venezuela) unterlag dem moderaten Capriles bei der Abstimmung über den Präsidentschaftskandidaten des MUD. Sie war Mitglied der Nationalversammlung, bis ihr die Regierungsmehrheit im März 2014 wegen der Demonstrationen und ihrer intensiven Kampagne gegen das zusehends autoritäre Regime Venezuelas das Abgeordnetenmandat entzog – eine Entscheidung, die der Oberste Gerichtshof bestätigte.

López (von »Voluntad Popular«, zu Deutsch: Volkswille) hegte ursprünglich Ambitionen auf das Präsidentenamt, die er jedoch zugunsten der Kandidatur von Capriles aufgab. Als Maduro ihm Anstiftung zur Gewalt und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorwarf und ihn zudem des Mordes und des Terrorismus bezichtigte, beantragte die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen López. Obwohl López seine Schuld bestreitet, stellte er sich – in einer heldenhaften Inszenierung inmitten von Demonstranten – am 18. Februar den Behörden. Seitdem sitzt er in einem Militärgefängnis ein.

Im Unterschied zu Capriles sind Machado und López mit dem Makel behaftet, das »Carmona-Dekret« unterzeichnet zu haben, das die Interimsregierung nach dem zivilmilitärischen Putsch 2002 legitimieren sollte. Indem sie die Führung der Proteste über-

nahmen, gewannen sie in der Bevölkerung an Unterstützung. Nach einer anfänglich zögerlichen Haltung zu den um sich greifenden Mobilisierungen solidarisierte sich Capriles mit seinen politisch verfolgten Oppositionskollegen.

Uneinheitliche Reaktionen

Die regionalen Organisationen reagierten verhalten auf die venezolanische Krise, in markantem Kontrast zu den eindeutig kritischen Berichten von Menschenrechtsorganisationen und anderen internationalen Akteuren über das repressive Vorgehen der Maduro-Regierung.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) debattierte am 21. März im Plenum über die Krise. Auf Initiative Nicaraguas, die von der großen Mehrheit unterstützt wurde, war die Öffentlichkeit ausgeschlossen und eine Anhörung der Opposition nicht vorgesehen. In der OAS bilden Kanada, die USA, Peru und Panama (teilweise auch Chile) eine Ländergruppe, die eine ausgesprochen kritische Haltung gegenüber der venezolanischen Regierung einnimmt. Panama bot Oppositionsführerin Machado sogar an, von der Redezeit Gebrauch zu machen, die dem Land im Gremium zusteht – was die Abgeordnete schließlich das Parlamentsmandat in Venezuela kostete.

Wie die OAS haben auch Mercosur (Mercado Común del Sur) und Unasur (Unión de Naciones Suramericanas), denen Venezuela angehört, eine Demokratieklausele. Die Logik beider Organisationen ist aber stark intergouvernemental und darauf ausgerichtet, Stabilität über Demokratie zu stellen sowie Exekutive und Regierungspartei die Dominanz über andere Gewalten und die Opposition zuzubilligen. Es geht ihnen also in erster Linie um die Bewahrung des Status quo (welche Qualität der auch immer hat) und um die Beachtung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dritter Staaten. Zudem vermindert die ideologische Solidarität im wenn auch heterogenen »linken Lager« die Bereit-

schaft der Staatsoberhäupter, sich gegenseitig zu kritisieren – lediglich Chile und Kolumbien, aber vor allem Peru bezogen dezidierte Positionen. Kolumbien gehört mit Ecuador und Brasilien zu jenen drei Ländern, die mit ihren Außenministern und ihrer Außenministerin den Dialogprozess begleiten, auf den die Unasur-Delegation in Venezuela drängte. An ihm nimmt auch der Apostolische Nuntius in Venezuela teil, Aldo Giordano – was von allen Seiten begrüßt wird.

Den Anlass für die Bemühungen des Vatikans, zur Befriedung des Landes beizutragen, scheint die venezolanische Bischofskonferenz gegeben zu haben. Am 2. April hatte sie in einer Pressekonferenz ein regierungskritisches Dokument vorgestellt. Darin wird Maduro beschuldigt, in Venezuela die Einrichtung eines totalitären Systems zu verfolgen. Dies sei der Grund für die Proteste und Auslöser der Gewaltwelle.

Internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Human Rights Watch gehen in ihrer negativen Bewertung der Lage der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten in Venezuela viel weiter und verweisen auf politische Verfolgung und Folter. Eine Gruppe venezolanischer NGOs reichte beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Beschwerde über schwerwiegende Verletzungen in Venezuela ein und verlangte eine ausführliche Untersuchung.

Die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navanethem Pillay, und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, verurteilten den Gewaltausbruch und das repressive Vorgehen der Regierung mit deutlichen Worten und forderten sie dazu auf, die bürgerlichen Freiheiten zu respektieren. Auf Einladung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten fand am 14. April im Europäischen Parlament in Straßburg eine Anhörung der Oppositionsführerin Machado und der Journalistin Claudia Gurisatti statt. Gurisatti arbeitet beim kolumbianischen Sender NTN24, der in Venezuela operiert und während der

Berichterstattung über die Proteste von der Maduro-Regierung abgeschaltet wurde.

In den USA, dem »Erzfeind«, zugleich aber auch Haupthandelspartner Venezuelas, stellte eine überparteiliche Gruppe von Parlamentariern – aus Unterhaus und Senat – die Initiative für ein Gesetz vor, mit dem die Ölimporte aus Venezuela reduziert und weitere Sanktionen gegen das Land verhängt werden sollten. Hierfür setzten sich insbesondere der Demokrat Robert Menendez und der Republikaner Marco Rubio ein – beide entstammen exilkubanischen Familien. Vorsichtiger äußerte sich hingegen die US-Regierung, die – wie Außenminister John Kerry explizit erklärte – keine Argumente liefern will, die dem Vorwurf eines US-Interventionismus in Venezuela Nahrung bieten könnten.

Der Dialog

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der politischen und ökonomischen Krise gab Präsident Maduro den Anstoß zu einem politischen Dialog mit der Opposition und zu Gesprächen mit privaten Unternehmen – den übergreifenden Rahmen bildet die sogenannte Friedenskonferenz.

Am 10. April fand das Auftakttreffen zwischen Mitgliedern der Regierung und des MUD statt, in Anwesenheit des Apostolischen Nuntius in Caracas und von drei Außenministern aus Unasur-Staaten. Fehlendes Vertrauen in der Gesellschaft mag der Grund dafür gewesen sein, dass diese Zusammenkunft im Fernsehen übertragen wurde. Ungeachtet dieses Motivs sprachen die Konfliktparteien sechs Stunden lang in erster Linie »für die Tribüne«. Inzwischen sind drei Treffen abgehalten und die Bildung von drei Arbeitsgruppen vereinbart worden: Sie sollen sich mit der Errichtung einer Wahrheitskommission, mit einem – von der Regierung bislang abgelehnten – Gesetz zur Amnestie für politische Gefangene und mit der Dezentralisierung auf regionaler und lokaler Ebene befassen.

Der Dialogprozess wurde ohne Vorbedingungen aufgenommen. Einen klar strukturierten

rierten Arbeitsplan mit festgelegten Verfahren, Zielen und Zeithorizonten gab es nicht. Momentan fungiert der Dialog als Forum für die beiderseitige Aussprache – auch über Themen der Vergangenheit. Ein Beispiel ist die Anhörung von Angehörigen der »Opfer vom 11. April«, die beim gescheiterten Putsch gegen Chávez im Jahr 2002 ums Leben kamen.

Außerhalb der Friedenskonferenz setzt die Regierung ihren aggressiven und polarisierenden Diskurs unbeirrt fort, der sich gegen Andersdenkende richtet. Sie geht auch weiterhin gegen Oppositionelle vor. Im Zuge der Proteste wurden nicht nur zwei Bürgermeister (unter dem Vorwurf, die Proteste nicht zu unterbinden) und Führungsfiguren der Opposition, sondern auch Mitglieder der Streitkräfte inhaftiert. José Vicente Rangel – einst Vizepräsident sowie Verteidigungs-, Innen- und Außenminister unter Chávez und heute ohne offiziellen Posten in der Regierung Maduro – hat jüngst verlauten lassen, dass zurzeit gegen dreißig Militärs ermittelt wird, die sich an konspirativen und aufrührerischen Aktivitäten beteiligt haben sollen.

Nach Angaben der venezolanischen Generalstaatsanwaltschaft sind im Zusammenhang mit der gewaltsamen Unterdrückung der Demonstrationen 17 Beamte festgenommen worden; wegen mutmaßlicher Verletzung der Menschenrechte wird in 102 Fällen ermittelt. Es ist unwahrscheinlich, dass solche positiven Maßnahmen angesichts einer politisch abhängigen Justiz ihre Fortsetzung in objektiver Aufklärung und/oder Bestrafung finden werden.

Der Dialog mit der Maduro-Regierung brachte den moderaten Flügel der Opposition zurück auf die politische Bühne, nachdem er von radikaleren Gruppen im Rahmen der Proteste verdrängt worden war. Weder die mobilisierten Studenten und Studentinnen noch der seit über zwei Monaten inhaftierte López oder die abgesetzte Abgeordnete Machado sitzen am Dialogtisch. Auf den Straßen halten die regierungskritischen Protestaktionen und die Konfrontationen mit den Sicherheitskräften an.

Der Ausweg – wohin?

Der Generalsekretär des MUD, Ramón Guillermo Aveledo, und Präsidentschaftskandidat Capriles sind wieder politisch relevant geworden. Es bleibt jedoch unklar, welche Ziele sie mit dem Dialogprozess konkret verfolgen und was sie als Erfolg werten und nutzen könnten – insbesondere gegenüber der eigenen radikalisierten Faktion. Corina Machado ist beispielsweise der Ansicht, die Gespräche würden aus Havanna gesteuert und alle Gewalten agierten im Sinne der Exekutive. Auf der anderen Seite ist eine offene Frage, in welchem Maße Präsident Maduro das Militär und die bewaffneten »colectivos« unter Kontrolle hat.

Den vagen Vorschlägen der Opposition, wie Venezuela die Wirtschaftskrise überwinden könnte, steht die politische und staatszentrische Logik einer Regierung entgegen, die den Sozialismus des 21. Jahrhunderts fördern und verbreiten will. Sie wird auch nicht imstande sein, den Präsidenten und das Militär von den Vorzügen einer zivil-demokratischen Regierungsführung zu überzeugen. Der Dialog wird den Prozess der Chavisierung des venezolanischen Staates nicht rückgängig machen können, der sich seit knapp 15 Jahren vollzieht. Die Regierung hat auf die Offensive der Opposition in der Regel weniger mit Konzessionen als mit der »Vertiefung des chavistischen Projekts« reagiert.

Es wäre jedoch viel für die Demokratie gewonnen, wenn beide Seiten ein Ende der Gewalt sowie mittelfristig eine pluralistische Besetzung der Judikative und der Wahlbehörde vereinbaren könnten. Auf die Einlösung solcher Mindestforderungen wäre die Opposition angewiesen, wenn sie ernsthaft die Chance wahren will, die Regierung bei den Parlamentswahlen 2015 zu besiegen bzw. eine Abberufung Präsident Maduros per Referendum erfolgreich durchzusetzen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364